

Antrag zur Juso-Bezirkskonferenz 2011

Antragssteller: Jusos Gießen

zur Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Die rote Energiewende: Energieversorgung nachhaltig und sozial gestalten

Die 4 großen Energieversorger werden nicht müde, die Energiewende als zentrale, also ihre, Versorgungsaufgabe zu proklamieren, um ihren Status Quo zu erhalten. Der notwendige Systemwechsel von Energiemonopolen hin zu unserer Forderung nach der Energiewende vor Ort lässt sich nur verwirklichen, wenn wir ihn stetig einfordern und bereit sind, ihn umzusetzen.

Die Kommunen brauchen eine lautstarke, kompetente und kompromisslose sozialdemokratische Lobby für die schnelle Umsetzung der dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien.

Die rote Energiewende vor Ort!

Auch in der Umwelt- und Energiepolitik muss die soziale Gerechtigkeit im Vordergrund unserer Politik stehen. Ökologische und soziale Aspekte sind bei der Forderung nach der Energiewende vor Ort besonders leicht miteinander in Einklang zu bringen: Die Energiewende schafft Arbeitsplätze und setzt eine Wertschöpfungskette in Gang, die den Menschen vor Ort unmittelbar nützt. Viele dezentrale Erzeuger schaffen Wettbewerb, der sich günstig auf die Energiekosten auswirkt und so den Verbrauchern zugute kommt. Darüber sind die Kommunen im Rahmen der Daseinsfürsorge in erster Linie für ihre Bürgerinnen und Bürger da, und müssen nicht die Gewinninteressen ihrer Aktionäre befriedigen. Die Energieversorgung ist damit in den Kommunen gut aufgehoben und muss von uns konsequent auch und gerade in den kommunalen Parlamenten eingefordert werden.

Daher fordern wir:

- **den Rückerwerb der Netze nach Ablauf der Konzessionsverträge**
- **finanzielle Förderung für Kommunen, deren Haushaltslage einem NetZRückerwerb im Weg steht**
- **eine Vorbildfunktion der Kommunen in den Bereichen der effizienten Nutzung erneuerbarer Energien durch den Einsatz energieeffizienter Fahrzeuge, energieeffiziente Bauleitplanung, energetisches Bauen, energetische Gebäudesanierung, Energieberatung und Energiecontracting**
- **die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zur „100 %-Kommune“ durch ausreichende Information sowie Beteiligung**

Kommunale Handlungsfähigkeit stärken!

Wer die Energiewende vor Ort fordert, muss den Kommunen auch die rechtlichen Instrumente in die Hand geben, um diese umzusetzen. Erfolgsmodelle wie die Marburger Solarsatzung zeigen, was Kommunen erreichen können, wenn ihnen die Energiewende am Herzen liegt. Statt die kommunalen Handlungsfähigkeiten in diesem Bereich auszubauen, hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Kommunen selbst ihren mageren Status Quo streitig gemacht und ist drauf und dran, die Energiewende vor Ort in naher Zukunft unverhältnismäßig zu erschweren.

Daher fordern wir:

- **die Wiedereinführung der Regelung des unlängst gestrichenen § 81 HBO, welche den Kommunen die Möglichkeit gegeben hat, die Verwendung bestimmter Energieformen zu fördern und die kommunale Energieversorgung so langfristig voranzutreiben**
- **die Ergänzung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Kommunen in den §§ 121 ff. HGO um den Aspekt der Energieversorgung**

Netze fit für die Zukunft machen!

Die derzeitige Netzinfrastruktur ist physikalisch weitgehend auf eine berechenbare Grundlast und rechtlich auf althergebrachte monopolistische Versorgungsstrukturen zugeschnitten. Die „100 %-Kommune bricht mit diesen althergebrachten Grundsätzen somit gleich in zweierlei Hinsicht: Energie wird unregelmäßig und damit weniger berechenbar erzeugt, und zwar dezentral von vielen kleineren Erzeugern. Unsere Netze müssen für diesen Systemwechsel fit gemacht werden. Technisch ist der Netzbau ohne weiteres möglich, jetzt muss er auch noch politisch gewollt und forciert werden. Klar ist: Mit einer dezentralen Netzinfrastruktur lässt sich die Energiewende vor Ort wesentlich schneller realisieren als mit der Förderung von Großprojekten zugunsten der vier großen Energieversorger.

Daher fordern wir:

- **den dezentralen Netzausbau, der die Energiewende in den Kommunen vorantreibt statt des zentralistischen zur Realisierung von Mammutprojekten wie „Seatec“ und „Desertec“**
- **die gesetzliche Verpflichtung der Verteilnetzbetreiber, ihre Netze fit für die dezentrale Versorgung zu machen (Stichwort „intelligente Netze“)**
- **die gesetzliche Verpflichtung der Kraftwerksbetreiber zur Mitwirkung an Maßnahmen der Netzstabilität**
- **die Berücksichtigung der Kosten des Ausbaus erneuerbarer Energien vor Ort (!) im Bereich der Regulierung**
- **die Förderung des Einsatzes von Elektrofahrzeugen, Wärmepumpen und Windgas als Energiespeicher**

- **die Verschärfung des EEG-Einspeisevorrangs für Strom aus erneuerbaren Energien durch die Einführung einer Rangfolge für die Abschaltung bzw. Reduzierung der Einspeiseleistung zugunsten der Erzeuger erneuerbarer Energien**
- **eine gesetzliche Regelung für die Berechnung der Entschädigungszahlung für den betroffenen Anlagenbetreiber zugunsten erneuerbarer Energien**
- **keine Anrechenbarkeit der Entschädigungszahlungen auf die Netzentgelte und damit die Streichung der Weiterleitung der Kosten an die Verbraucher**

Bezahlbaren Wohnraum fördern!

Angesichts steigender Energieknappheit spielen die Energiekosten eine immer relevantere Rolle. Auch Energie aus erneuerbaren Energien kostet letztlich Geld und stellt viele Anschlussnutzer vor wachsende Probleme. Insbesondere finanzschwache Mieter sehen sich dem Dilemma ausgesetzt, dass sie einerseits auf niedrige Mieten achten müssen, andererseits in schlecht oder gar nicht sanierten Wohnungen ihre niedrige Miete mit umso höheren Energiekosten im wahrsten Sinne des Wortes bezahlen müssen. Die Förderung der Energieeffizienz im Gebäudebereich sorgt so für bezahlbaren Wohnraum auch für sozial Schwache.

Daher fordern wir:

- **ein umfassendes Förderprogramm des Bundes zur Gebäudesanierung**
- **die Ausweitung der Pflicht zur Erstellung von Energieausweisen auf den Gebäudebestand**
- **die Verpflichtung der Vermieter zur Gebäudesanierung zur Auflösung des Vermieter-Mieter-Dilemmas bei gleichzeitiger finanzieller Förderung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen**

Energiewende durch Bildung!

Der mit der Energiewende einhergehende Bedarf an Energietechnik und Know-How lässt sich nur mit einem ausreichenden Pool an qualifizierten Wissenschaftlern und Fachkräften decken. Wer den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland fördern will, muss Geld in kluge Köpfe investieren.

Daher fordern wir:

- **die Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz**
- **die finanzielle Unterstützung der Kommunen seitens des Landes bei der Erarbeitung von Energiekonzepten durch fachkundige Anbieter**